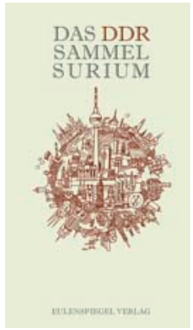
Buchempfehlungen vom Buchhaus Bünger



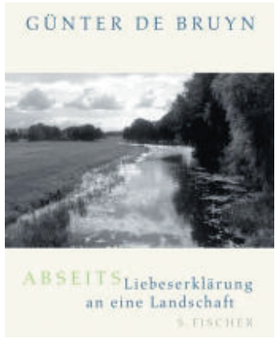
Weihnachten im alten Berlin
Texte und Bilder gesammelt von Gustav Sichelschmidt

Eine Anthologie weihnachtlicher Texte aus fast zwei Jahrhunderten, u.a. von Caroline von Humboldt, E.T.A. Hoffmann, Willibald Alexis, Theodor Storm, Zille uvm. Beim heutigen Leser wecken die alten Schilderungen des Weihnachtsfestes wehmütige Empfindungen, und man fragt sich, ob unsere Vorfahren in ihrer Bescheidenheit nicht viel reicher waren als wir in unserem Konsumzeitalter.



Franziska Kleiner (Herausgeber)
Das DDR-Sammelsurium

Das »DDR-Sammelsurium« bietet erstaunliche Fakten und unnützes Wissen in Hülle und Fülle – aufgeklaubt auf den Müllhalden der Geschichte, hervorgekramt aus den Abstellkammern der Erinnerung, aufgestöbert im Kuriositätenkabinett der Normen und Verfügungen eines untergegangenen Gemeinwesens. Warum und wozu? ... Zum reinen Spaßvergnügen.



Günter de Bruyn
Abseits - Liebeserklärung an eine Landschaft
Mit Fotos von Rüdiger Südhoff.
Die Mark Brandenburg wird für Günter de Bruyn gerade ihrer Melancholie wegen zu seiner Sehnsuchtslandschaft, zu der er sich in liebevoller Treue bekennt. Zufluchtsort und eine Art Exil im Staat der DDR wird ihm vor allem der entlegene Flecken Görsdorf, den er 1967 mit einem beglückenden Gefühl des Zusammengehörens als seinen Lebensort für sich entdeckt. „Abseits“ beschreibt eine Annäherung: hier kommt keiner daher und ergreift Besitz, sondern es bemüht sich jemand um einen Ort, erkundet ihn und seine Geschichte, geht seinen Spuren und Traditionen nach und bringt Namen, alte Urkunden zum Sprechen.

Termine

04.12. 18.30 Uhr
Vorstandssitzung
in der „Arche“

07.12.06 19.30 Uhr
Fraktionssitzung „Die Linke.PDS“

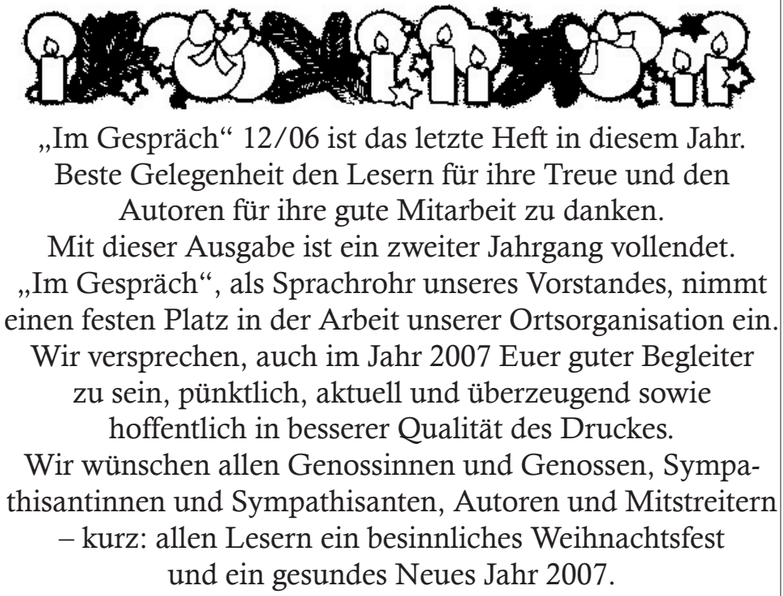
08.12.06 18.00 Uhr
Jahresabschlussfeier der
Ortsorganisation Neuenhagen
in der „Arche“

12.12.06 10.00 Uhr
Rat der Alten in der „Süßen Ecke“

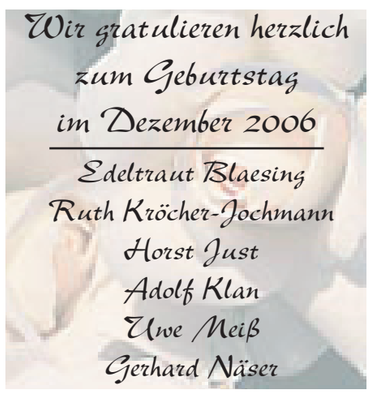
13.12.06 19.00 Uhr
Bildungsveranstaltung
im Haus der Senioren.
Thema: Wohin steuert die
deutsche Wirtschaft?
Die Konjunktur bleibt schwach,
der Export stark
und die Arbeitslosigkeit hoch.

14.12.06 18.30 Uhr
Gemeindevertretertagung
„Max-Thormann-Saal“ Rathaus

Bitte vormerken:
27.01.07 09.00 Uhr
Berichtswahlversammlung im
„Internationalen Bund“, Ziegelstraße



„Im Gespräch“ 12/06 ist das letzte Heft in diesem Jahr.
Beste Gelegenheit den Lesern für ihre Treue und den Autoren für ihre gute Mitarbeit zu danken.
Mit dieser Ausgabe ist ein zweiter Jahrgang vollendet.
„Im Gespräch“, als Sprachrohr unseres Vorstandes, nimmt einen festen Platz in der Arbeit unserer Ortsorganisation ein.
Wir versprechen, auch im Jahr 2007 Euer guter Begleiter zu sein, pünktlich, aktuell und überzeugend sowie hoffentlich in besserer Qualität des Druckes.
Wir wünschen allen Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten, Autoren und Mitstreitern – kurz: allen Lesern ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes Neues Jahr 2007.



Im Gespräch
kann jetzt auch unter
http://www.pds-neuenhagen.de/info.htm
als PDF-Datei herunter geladen werden!

Impressum
Herausgeber: *DIE LINKE.PDS* - Ortsorganisation Neuenhagen bei Berlin
Zuschriften bitte an:
Hartwig Wolff, Jahnstr. 58A, 15366 Neuenhagen.
Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend zu bearbeiten. Zuschriften müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck des „Informationsblattes“ wird durch Spenden finanziert.

EuropäischeLINKE

Im Gespräch

DIE LINKE.PDS
Informationsblatt des Ortsvorstandes Neuenhagen bei Berlin
12/2006

Auf ein Wort...

von Werner Förster

Potsdam-Hermannswerder, Tagungsort mit Zukunftsträchtigkeit. Vormittags Leitbilddebatte des kommunalpolitischen Forums und nachmittags Basiskonferenz Berlin und Brandenburg. Zweimal Fragen nach Zukunft - was soll aus Brandenburg werden und wird die Herausbildung der Linken gelingen.

Ein Regierungsvertreter und eine Fraktionsvorsitzende verteidigten Antworten, was aus unserer Heimat werden soll. Stärken stärken - Wachstumskerne fördern... Was ist dort, wo Keine Stärken und Kerne sind? Ein Bürgermeister aus der Prignitz meinte, was sein Ort mit Metropolenregion zu tun hätte? Hamburg läge näher und die Eisenbahn als touristische Lebensader werde „...tot gelegt...“ Es wäre eine Politik des Speckgürtels und nicht der Regionen. Es ist das Aufgeben von Gebieten. Man kann Kerstin Kaiser zustimmen, die Leitbildantwort der Fraktion kann im Wettbewerb zum Regierungsamtlichen antreten. Professor Braun hat die Diskussion in dieser Ausgabe eröffnet. Der Agenda-21-Prozess in der Gemeinde schafft Möglichkeiten, auch regionale Antworten zu geben.

Am Nachmittag überfüllter Saal und an die 25 Diskussionsredner. Darunter viele der WASG. Eindeutige Bilanz: Eine dauerhafte Linke oder keine. Nicht Selbstzweck, sondern Anspruch auf Politikwechsel und Zukunftsgestaltung. Ein Lernprozess für alle. Im Handeln gilt es, weiter Klarheit zu schaffen. Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Friedenspolitik und antikapitalistisch in jeder Frage sind solche Eckpunkte. Eine Partei, die weiß, dass Pragmatismus kein Ersatz für sozialistische Visionen - keinen demokratischen Sozialismus ersetzen kann. Wir wollen als neue Linke Ansprechpartner und Vertreter einer demokratischen Erneuerungsbewegung sein. Für uns ist demokratischer Sozialismus kein Formelkompromiss. Es gab eine Kraft gebende Übereinstimmung, dass wir nicht Sammlungsbewegung oder schlechthin antineoliberal sind, sondern eine Partei, die diese Gesellschaft verändern und letzthin überwinden will.

Beim Schreiben dieser Zeilen läuft Phönix: CDU-Parteitag in Dresden. Was hier verkündet wird, ist verflucht ernst zu nehmen. Häme und Lächeln wären gefährlich. Zuerst Freiheit und dann Gerechtigkeit. Markt ist soziale Gerechtigkeit. Mehr Markt brauche weniger Staat usw. Es sind Verkündungen von Ungerechtigkeit und Unfreiheit. Irrationalität und Zukunftsgefahr sind so real. Von einem christlichen Menschenbild ist die Rede, das mit der Weihnachtsbotschaft nichts gemein hat. So ist man nicht seines Bruders Hüter. Man ist Kain. Der „robuste Export“ dieser Art von Freiheit mittels Waffengewalt gehört dazu. Ich hörte keine Friedensbotschaft.

Die Begründung einer neuen sozialistischen Partei erweist sich als eine dringende Neujahrsbotschaft für 2007.

„Willkommen in Utopia“ oder „Das Platzeck/Bullerjahn-Papier“

Matthias Platzeck ist wieder da und will auf die Bundesbühne zurück. Dazu hat er zwei Dinge mitgebracht. Einmal den Jens Bullerjahn, Finanzminister von Sachsen-Anhalt und dazu das Platzeck/Bullerjahn-Papier, welches die Märkische Allgemeine Zeitung am 4. November 2006 vorab druckte.

Offensichtlich müssen die beiden Herren recht lange geruht haben, denn sie haben etwas ersonnen, was die politischen Umstände, die sich in Deutschland in den letzten zehn Jahren ergeben haben, völlig verkennt: Denn eigentlich sollten sie wissen, dass in der Bundesrepublik zurzeit mehr als die Hälfte aller arbeitsfähigen und arbeitswilligen Menschen zumindest mit von staatlichen Transferleistungen abhängen. Diese Leute haben sich diese Situation so nicht ausgesucht und sie haben sie auch nicht zu verantworten. Schuld daran ist vielmehr das sich von einer immer hässlicheren Seite zeigende multinationale Großkapital.

Dies liegt mit unter daran, dass nationale Regierungen, darunter auch die lange Zeit von der SPD geführte oder zumindest mitgeführte deutsche, es versäumt haben, die globalen Produktionsmittel- und Kapitaltransfers zu verlangsamen und zu kanalisieren.

Doch mit einem Papier und sechs Kernthesen wollen Platzeck und Bullerjahn das Ruder nun herumreißen:

1. Vorausschauend gestalten: Man möchte den Menschen die Chancen verbessern selbst etwas aus sich zu machen. Sehr gut.

Frage: Darf man das Politikern überlassen, die die Frankfurter Chipfabrik für die Bürger der Stadt Frankfurt geplant haben?

2. „Wir haben uns in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich zu stark auf das nacheilende Reparieren und Einspringen in Notfällen konzentriert.“ Richtig.

Frage: Wer hatte in Brandenburg seit der Wende regiert?

3. Ein nachsorgender und beitragsfinanzierter Sozialstaat hat keine sozialdemokratische Perspektive mehr. Schlecht.

Frage: Was macht Sozialdemokratie dann noch aus?

4. Mehr Bildung und Arbeit für alle. Wer diese Kriterien nicht erfüllen kann, hat keinen Anspruch gegen den Staat, da nur noch zukunftsträchtige Förderung vorgesehen ist. Unrealistisch.

Frage: Was wird aus den jetzt Anspruchsberechtigten? Simsalabim?

5. Die Menschen sollen zur Befähigung gefördert werden, an Wirtschaft und Gesellschaft teilzuhaben. Gut.

Frage: Werden die Förderkriterien von derselben Regierung festgelegt, die die Projekte Lausitzring und Cargolifter für förderungswürdig hielt?

6. Für die Qualität des modernen Sozialstaats ist es nicht von Bedeutung, wie stark die Umverteilung von Finanzmitteln von Arm nach Reich vorgenommen wird. Ganz schlecht.

Frage: Wie kann so ein Gedanke jemandem für den einzelnen Bürger einfallen, der selbst, als Landesvertreter von Brandenburg bzw. Sachsen-Anhalt, stets von immensen Transferleistungen abhängt? Ein Staat, der den Bürger nicht mehr umsorgt, sondern ihm lediglich Rahmenbedingungen bietet, innerhalb welcher dieser sich selbst erhalten muss,

unabhängig von der persönlichen Ausgangslage und persönlicher Schwächen?

Ein Staat also, der jene fördert, die ihm förderungswürdig erscheinen, weil sie dereinst das Steuersäckel kräftig füllen könnten? Ein Staat aber anderseits, der einen Teil seiner Bürger von vorneherein als Belastung abschreibt? Man mag gar keine Prognose für solch ein Gebilde wagen, aber Platzeck und Bullerjahn haben genau dieses Vehikel zur Verbesserung deutscher Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt in Anschlag gebracht. Das 6,5 Millionen Menschen starke abgehängte Prekariat ist in dieses Konstrukt längst mit eingeplant. Es heißt jetzt lediglich „ein strukturell verfestigtes neues Unten". Man braucht kein Hellseher zu sein, um zu wissen, dass, was sich einmal unten verfestigt hat, auch unten bleiben wird. Und da es unten bleibt, wird es sich auch unten vermehren. Was sich aber unten vermehrt und dabei verfestigt bleibt, das wächst auch unten heran. Mit anderen Worten: Die Zahl der Bedürftigen und Hoffnungslosen in Deutschland wird steigen und dies ist obendrein noch eingeplant!

Dr. phil. Arno Gassmann

Nachdenken über Halbe

Vor 1989 sowieso, besonders 1989 und danach habe ich an einer Menge von Demonstrationen teilgenommen. Aber noch nie war ich, vor 2006, in Halbe. Ich weiß natürlich um die Geschichte des Ortes, die Kesselschlacht. Um der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zu entgehen, versuchten ca. 50.000 deutsche Soldaten den Ausbruch aus dem Kessel Richtung Westen. Von ihnen blieben 30.000 auf dem Schlachtfeld liegen. Dazu mussten 20.000 Sowjetsoldaten und 10.000 Flüchtlinge ihr Leben lassen. Die sinnlose Opferung so vieler Menschenleben insgesamt in diesem unseligen Krieg und besonders in einer Situation, in der über den Ausgang des Krieges längst kein Zweifel mehr bestand, macht mich traurig und wütend zugleich. Mir war auch bekannt, dass alte und neue ewig Gestrige, rechtsgerichtete Gruppen, jedes Jahr versuchen, diesen Ort für ihre Ziele zu instrumentalisieren und ein „Heldengedenken" abzuhalten. Seit Jahren las ich in der Zeitung darüber, dass sich Antifaschisten diesen Kräften entgegenstellten. Ich fand das immer gut und richtig. Wieso bin ich nicht auch hingegangen, wo ich mich doch auch zu den Antifaschisten zähle? Ich finde gar keine Erklärung, ist wohl immer was dazwischen gekommen…

In diesem Jahr war ich zum „Tag der Demokraten" in Halbe, gemeinsam mit einem ganzen Bus voll Neuenhagener. Viele junge Menschen, eine Abi-Klasse, waren dabei, Vertreter verschiedener Parteien.

Auch die Frage der Teilnahme von Kindern hatte ich falsch eingeschätzt, meine zu Hause gelassen. Dabei war es ein schöner Tag, bestens für Kinder geeignet. Was das Motto des Tages betrifft sowieso und auch das Drumherum.

Gute Reden wurden gehalten, die klare Bekenntnisse zum Kampf gegen Nazismus und Krieg enthielten. Eine hunderte von Metern lange Kette selbst gefertigter Transparente war sehenswert.

Über 8.000 Menschen sind wir gewesen. Die Redner bezeichneten das als Erfolg, gemessen an den Teilnehmerzahlen der Vorjahre. Das ist wohl so, aber mir ging die Frage nicht aus dem Kopf „Wieso sind es eigentlich nicht noch mehr, nicht noch viel mehr"? Geht es vielen so wie mir? Machen wir uns über die Bedeutung einer solchen Veranstaltung, eines solchen Tages nicht genug Gedanken? An antifaschistisch denkenden Menschen mangelt es sicher nicht. Was hindert uns daran, wirklich in Massen zu solchen wichtigen Anlässen aufzutreten?

Ich verspreche, im nächsten Jahr wieder nach Halbe zu gehen und meine Präsens um 500% zu steigern. Ich nehme meine Kinder mit! Mein Vorschlag an alle diesjährigen Teilnehmer und die Leser dieses „Blättchens" ist: Wir kommen alle wieder und jeder bringt mindestens eine weitere Person mit. Es waren ja ohnehin zwei Busse bestellt…

Lothar Emmermacher



Sascha meint...

An dieser Stelle beabsichtige ich, mich, beginnend mit dem heutigen Artikel, in meiner Funktion als Gemeindevertreter und Bundesparteitagsdelegierter zu aktuellen Themen in der Kommunalpolitik und auf Bundesebene zu Wort zu melden. Den Auftakt soll ein kleiner informativer Überblick zu den bisherigen Tätigkeiten der AG „Jugendwerkstatt" bilden, die sich im Rahmen der lokalen AGENDA 21 formiert hat und der ich als Sprecher angehöre.

Die Arbeitsgruppe umfasst gegenwärtig 7 Mitglieder, zu denen unter anderem die Genossen Daniela Stoll und Sven Kindervater zählen. Zu Beginn unserer Arbeit im Juli dieses Jahres verständigten wir uns zunächst darauf, eine Ist-Zustandsermittlung auf dem Gebiet „Jugend" vorzunehmen, die als Orientierung für die weitere Arbeit und die Entwicklung neuer Ideen dienen sollte. Hierfür wurden die Teilnehmer mit einem der Tätigkeitsfelder Arbeit, Wohnen, Bildung, Beratung/Betreuung, Freizeit und Einkaufsmöglichkeiten betraut, zu denen gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung Informationen zusammengetragen wurden. Die Ergebnisse wurden auf mehreren Treffen präsentiert und erörtert. Aus diesen Beratungen entstanden in Zusammenhang mit dem jüngsten Jugendsozialbericht und den darin dargestellten Problemen erste Ideen für einige potenzielle Zukunftsprojekte in Neuenhagen. Diese beinhalten unter anderem die Punkte: Öffentlicher Mehrzwecksportplatz, Kino im Kontex mit Kultur und Bildung und Streetworker im Bereich der Jugend-und Sozialarbeit.

Über diese Denkansätze hinaus befasste sich die Arbeitsgruppe wiederholt mit dem Thema „Gemeindejugendvertretung (Jugendparlament)", welches den Mitgliedern sehr am Herzen liegt. Hierfür sollen in Abstimmung mit der Gemeindevertretung, dem Kultur- und Sozialausschuss und der Gemeindeverwaltung in naher Zukunft die nächsten konkreten Schritte geplant und umgesetzt werden, um auf die baldige Einrichtung eines solchen Gremiums hinzuarbeiten.

Um unser Vorhaben wirkungsvoll in die Öffentlichkeit zu tragen und möglichst viele Jugendliche dafür zu begeistern, planen wir, im Dezember mehrere Informationsveranstaltungen in den Oberschulen und Gymnasien in und um Neuenhagen durchzuführen. Natürlich sind wir darüber hinaus aber für jede Hilfe, z.B. in Form von Mund-zu-Mund-Propanganda, sehr dankbar.

Mit diesen Projektideen, von denen die eine oder andere hoffentlich Eingang in das Neuenhagener Leitbild finden und in der Zukunft umgesetzt werden wird, wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass sich die Jugend in unserer Gemeinde noch wohler fühlen kann. Die junge Generation muss die Möglichkeiten erhalten, für ihre Freizeitgestaltung sowie zur Lösung ihrer Probleme in Neuenhagen bleiben zu können und hier möglichst auch ihre persönliche Zukunft zu sehen.

sascha.trutt@gmx.de

Ein Leitbild von Brandenburg

Auf 47 DIN A4-Seiten hat unsere Landtagsfraktion ein Leitbild für die weitere Entwicklung Brandenburgs vorgelegt, das sich ausdrücklich als „Dialog" versteht, also öffentlich debattiert und weiter entwickelt werden soll. Es umfasst, unterschiedlich gewichtet, die verschiedensten Sachgebiete von den Lebensverhältnissen über demokratische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger, Arbeit (oberste Priorität!)und ökologische Herausforderungen bis zum demographischen Wandel. Besonders beachtenswert finde ich den eingangs dargelegten Grundsatz:

„Wir sehen uns nicht als zentralisierte Metropolenregion mit Berlin in der Mitte und etwas Brandenburg rund herum."

Selbstverständlich, und daran lässt das Dokument keinen Zweifel, können die meisten oder doch viele entscheidende Fragen nur gemeinsam mit Berlin angepackt werden. Der hier gewählte Ansatz des Zusammenwachsens beider Länder „von unten" scheint dafür am besten geeignet. Da eine Gesamtdarstellung unmöglich ist, sollen aus den „strategischen Handlungsfeldern" nur drei herausgegriffen werden:

Zukunftsfaktor **Wissenschaft**: Mit vollem Recht wird für die Hochschuleinrichtungen „ein Maßnahmepaket zur Verbesserung der Qualität der Lehre" gefordert, dessen Kern „eine Verbesserung der Relation zwischen Lehrenden und Studierenden sein (muss)." Dies Verlangen ist unbedingt berechtigt, im Grunde genommen wird damit wenigstens teilweise eine Rückkehr zur Personalstruktur vor 1990 gefordert, eine Verstärkung des „Mittelbaus" an den Hochschulen. Für eine erfolgreiche Wissensvermittlung durch direkte Zusammenarbeit mit den Studierenden ist sie unerlässlich.

Industrielle Kerne: Ohne es direkt so zu nennen wird im Grunde eine gewisse Reindustrialisierung Brandenburgs vorgeschlagen. Ihre Berechtigung kann nicht ernsthaft bestritten werden. Gemüse aus dem Spreewald und sanfter Tourismus sind zwar sehr wünschenswert, können aber keine bedeutende Wirtschaftsentwicklung tragen. Die bekannten Misserfolge bei industriellen Großprojekten in den letzten Jahren, so wird im „Leitbild" richtig konstatiert, widerlegen nicht den Nutzen „wirklich kompetenter Industriepolitik". Sie widersprechen ebenfalls nicht der Notwendigkeit, so würde ich gerne hinzufügen, auch in unserem Land die Produktion und Anwendung von Hochtechnologien zu fördern. Mit Recht wird auf die treffende Auswahl von Zukunftsbranchen orientiert.

Ländliche Räume: Sehr überzeugend wird auf die Notwendigkeit einer sozialen Reorganisation des ländlichen Raums hingewiesen, denn die „Dörfer verlieren ihre traditionelle wirtschaftliche Basis... Aber Dörfer können nicht einfach geschlossen werden." – Was tun?

An gleicher Stelle wird betont, dass die Veränderungen der letzten 15 Jahre auf dem Lande auch viele neue Freiräume für alternative Lebensmodelle und innovative Lebensformen entstehen ließen. Das kann das Leben im Dorf wieder interessanter machen und überhaupt eine Neuorganisation des dörflichen Lebens fördern. – Bei anderen mag es anders sein, aber für mich waren das in diesem Material die interessantesten Passagen! Hier sollte es auf jeden Fall angereichert und auch erweitert werden. Diese Gedanken gehören auch zu einer konkreten Fassung des prinzipiellen Anliegens, dass die regionale Vielfalt nicht glatt gebügelt, sondern in ihren jeweiligen Vorzügen weiter ausgeprägt werden soll.

Und wie soll das alles Wirklichkeit werden? Erste Voraussetzung wären, wie abschließend im Leitbild betont wird, gesellschaftliche Mehrheiten für einen Politikwechsel.

Prof. Dr. Hans-Joachim Braun

Konferenz zu „Sozialismus im 21. Jahrhundert"

Am 11. November 2006 fand in der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Konferenz zum Thema „Sozialismus im 21. Jahrhundert – Probleme, Perspektiven in Wirtschaft und Gesellschaft" statt. Eröffnet durch Prof. Dr. Michael Brie und geschlossen durch Dr. Hans Modrow ergab die Konferenz eine Fülle von Diskussionsansätzen für Referenten und den den Saal füllenden Teilnehmern zur Gestaltung eines Sozialismus im 21. Jahrhundert.

Die umfangreiche Thematik wurde der Natur der Sache entsprechend von unterschiedlichen Standpunkten aus besprochen und diskutiert.

Der erste Schwerpunkt beleuchtete die Probleme, Erfahrungen und Konsequenzen des bisherigen Sozialismusversuches und Erfahrungen der gegenwärtigen Kämpfe der Linken für eine sozialistische Alternative im 21. Jahrhundert. Welche Defizite können definiert werden, was ist andererseit des Aufhebens wert? Dabei gibt es unter den Wissenschaftlern durchaus konträre Standpunkte. Prof. Dietrich, der Verfasser des Buches „Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts" vertritt die sogenannte Äquivalenztheorie, nach der in einem Sozialismusprojekt der Preis einer Ware, der durch die Machtverhältnisse des kapitalistischen Marktes manipuliert wird, ersetzt wird durch den Arbeitswert einer Ware, d.h. durch deren Zeitaufwand der Herstellung, weil dieser zu einer gerechteren Verteilung führt.

Prof. Steinitz sieht darin allerdings eine nicht praktikable Methode, da der Zeitaufwand zur Herstellung einer Ware abhängig ist von Technik und Technologie und besonders international schwer zu vergleichen ist.

Einen mathematischen Ansatz zur Bestimmung von Arbeitswerten mittels computergestützten Methoden erläuterte Dr. Paul Cockshott von der Universität Glasgow und bewies, dass das Argument Prof. Steinitz´ entkräftbar ist. Seiner Meinung nach fördert die Äquivalenztheorie die für eine sozialistische Gesellschaft erforderliche schnellere Durchsetzung des technischen Fortschrittes.

Fidel Vascos Gonzales aus Kuba brachte in seinem Vortrag zum Ausdruck, dass der heutige Kampf der Linken in dieser Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus zwei Seiten hat: Auf der einen Seite muss die wissenschaftliche sozialistische Theorie bewahrt bleiben, auf der anderen Seite muss auf die aktuellen Erscheinungen bewusst reagiert werden. Dr. Klaus Blessing entwarf aus seiner Erfahrung mit dem Sozialismusversuch der DDR und der über 10-jährigen Praxis der kapitalistischen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik sieben Thesen für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Der zweite Schwerpunkt zeigte Alternativen für eine heutige sozialistische Wirtschaftspolitik auf. Die programmatische Debatte der Linken muss sich einerseits mit der Weiterentwicklung des heutigen Kapitalismus gegen die Aushöhlung des Sozialstaates und für eine sozial-ökologische nachhaltige Entwicklung befassen, andererseits für eine sozialistische Perspektive jenseits des Kapitalismus stehen.

Dazu sprach Frau Prof. Luft, wie wirtschaftspolitische Forderungen der Linken erforderliche Schritte in Richtung einer sozialistischen Transformation unterstützen können.

Dr. Joachim Bischoff stellte Probleme dar, die sich aus der Programmdiskussion der Linken und den Vorstellungen alternativer Wirtschaftspolitik ergeben.

Die Vortragsmaterialien werden in Kürze verfügbar sein.

Heinz Scharf